

Inge Gräßle (EVP/CDU): Schwerer Rückschlag für EU im Kampf gegen Korruption in den Mitgliedstaaten - Italien seit heute ganz ohne Stelle zur Korruptionsbekämpfung, Lettland und Rumänien schassen ihre obersten Korruptionsbekämpfer, Slowenien droht den Seinen...

Schwerer Rückschlag für die EU im Kampf gegen die Korruption in den Mitgliedstaaten: Seit heute morgen Null Uhr existiert das italienische Hochkommissariat zur Korruptionsbekämpfung nicht mehr. Die Regierung Berlusconi hat das erst von der Vorgängerregierung Prodi wegen der zahlreichen Probleme in diesem Bereich gegründete Amt zum 24. August 2008 aufgelöst, den erst im März 2008 berufenen Hochkommissar ersatzlos abberufen. Das Amt war auch für die Zusammenarbeit mit der EU wichtig. Lettland hat fast zeitgleich seinen obersten Korruptionsbekämpfer ebenfalls abberufen, der sich offensichtlich auch mit Untersuchungen zur Parteienfinanzierung unbeliebt gemacht hatte. Rumänien hat vor kurzem das Mandat seines renommierten Leiters der Nationalen Anti-Korruptions-Agentur DNA nicht verlängert, obwohl die Kommission ihm mehrmals ihr Vertrauen aussprach und Rumänien wegen Unregelmäßigkeiten mit EU-Geldern unter besonderer Beobachtung steht. "Einige EU-Mitgliedstaaten haben in den vergangenen Wochen beim Kampf gegen die Korruption ein beispielloses 'roll-back' eingeläutet", kommentiert die EVP-Koordinatorin im Haushaltskontrollausschuss und Berichterstatterin für die Überarbeitung der OLAF-Rechtsgrundlage, Inge Gräßle, diese Entwicklung. Auch Slowenien drohe wenige Wochen nach dem Ende seiner Ratspräsidentschaft seiner seit Jahren eingeführten und gut funktionierenden Korruptionüberwachungs- und Präventionsstelle.

"Das dreiste Vorgehen der Mitgliedstaaten ist nur möglich, weil die EU-Kommission das Thema Korruption nicht ernst genug nimmt und glaubwürdig verfolgt. Einige im Umgang mit EU-Geldern nachlässigsten Mitgliedstaaten tanzen der Kommission auf der Nase herum", stellt Gräßle fest." Diejenigen, die sich in den Mitgliedstaaten diesem schwierigen Kampf verschrieben hätten, "müssen von der EU-Kommission besser gestützt und geschützt werden." Auch die Prävention gegen Korruption verdiene eine größere Aufmerksamkeit. Dazu sollten die Erfahrungen des Amts für Betrugsbekämpfung eingebracht werden. Dies schlägt Gräßle in ihrem gerade fertig gestellten Bericht zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit OLAF vor. "Das Ziel von Korruption ist Betrug. Gerade die EU-Kommission muss daran interessiert sein, dass bei Ausschreibungen alles mit rechten Dingen zugeht und sich in den Mitgliedstaaten niemand von den Auflagen des EU-Rechts mit einem Geldkuvert loskaufen kann." Die Kommission müsse aus dem Fall Rumänien, Lettland und Italien eindeutige Schlüsse für die Überwachung der EU-Gelder ziehen.